

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2005



## Der Meister hinkt auf beiden Füßen

Deutschland ist also wieder Exportweltmeister. Im abgelaufenen und nun zuverlässig bilanzierten Jahr 2004 jedenfalls ist es so gewesen. Herzlichen Glückwunsch! Und gleich hinzugefügt sei der Wunsch, dass es Deutschland auch im Jahr 2005 gelingen möge, viele Käufer für die Produkte und Dienste seiner Wirtschaft, für die Ideen seiner Forscher und Wissenschaftler, für die Einfälle seiner Künstler zu finden

Wir dürfen aber auch warnen. Vor dem Irrtum nämlich, der schöne Exporterfolg zeige eindeutig, dass die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Grundstrukturen des Landes in guter Ordnung seien und sich weitere Reformbemühungen erübrigten. Manch einer hat sich bereits so geäußert. Doch das wäre nun wirklich der falsche Schluss aus den Zahlen der Handelsstatistik.

Gewiss deutet der Exporterfolg darauf hin, dass es immer noch und immer wieder eine Reihe von deutschen Erzeugnissen und Dienstleistungen gibt, die international sehr begehrt sind. Aber die Statistik des internationalen Handels sagt nicht alles über den wirtschaftlichen Zustand des Landes. Zwei Schwächen fallen beim etwas breiter angelegten Vergleich auf: Deutschland gehört zu den ausgesprochen wachstumsschwachen Ländern. Und in Deutschland gelingt es nach wie vor nicht, den Arbeitsmarkt so zu beleben, dass die auch im internationalen Vergleich auffallend hohe Arbeitslosigkeit verringert werden kann. In beiden Punkten machen uns Länder etwas vor, die in der Handelsstatistik hinter uns liegen.

Ja, Deutschland ist Exportweltmeister. Aber der Meister hinkt auf beiden Füßen, wenn man Wachstum und Beschäftigung mit ins Bild nimmt. Die Exportstatistik legt nicht das Ende der Reformen nahe. Sie macht jedoch Mut zu weiteren Bemühungen, nach dem Motto: Wer so viel kann, der wird doch wohl sein Land in eine gute Ordnung bringen können.

Hans D. Barbier

## Hoffen auf das schnelle Geld

Im vergangenen Jahr setzten die Bundesbürger rund fünf Milliarden € ein, um im Lotto zu gewinnen. Mit anderen Wettspielen zusammen haben die Lotto- und Totogesellschaften 2004 insgesamt gut acht Milliarden € eingenommen. Einen Einnahmeschub verschaffte Anfang Dezember 2004 der höchste „Jackpot“ der 49-jährigen Geschichte des deutschen Lottos. Knapp 27 Millionen € waren zu gewinnen; 113 Millionen € wurden vertippt, fast doppelt so viel wie bei einer „normalen“ Ausspielung. Laut Statistik spielt jeder vierte Erwachsene beim Lotto mit und verspielt 55 bis 60 € im Jahr.

50 Prozent der Einsätze werden als Gewinne wieder ausgezahlt. Je nach Bundesland fließen 20 bis 23 Prozent

als Konzessionsabgabe in die Landeskassen; dieses Geld geht an gemeinnützige Institutionen. Weitere 17 Prozent der Einsätze landen als Lotteriesteuer in den Landeshaushalten. Der Rest geht als Provision an die Lottoannahmestellen und dient dem Unterhalt der 16 Lotteriegesellschaften.

Die seit 2001 leicht sinkenden Umsätze zeigen, dass die Menschen überlegen, ob sie sich einen Lotto-Schein leisten können. Der Rekord-Jackpot belegt allerdings auch, dass die Hoffnung auf das große, schnelle Glück die Menschen dann doch zum Tippen bewegt. Allerdings wurden 2004 nur 63 Lottospieler durch einen Gewinn zum Millionär.

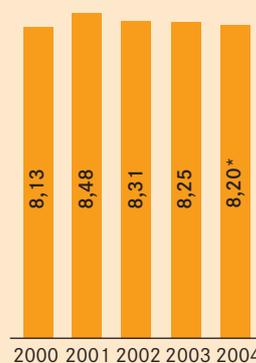
## Entwicklungshilfe für alle

Deutschland gibt in diesem Jahr 3,86 Milliarden € für die so genannte Entwicklungszusammenarbeit aus. Das sind 0,28 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Davon fließen rund zwei Milliarden € direkt oder über internationale Organisationen nach Afrika.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, will auch an wirtschaftlich erstarkte Länder wie China, Indien oder Brasilien Entwicklungshilfe geben. Auch wenn beispielsweise die Wirtschaft Chinas sprunghaft wachse und das Land wesentlich mehr Waren nach Deutschland exportiere als umgekehrt,

## Wetteinsatz

Lotto und Toto, in Mrd. €



\* geschätzt

Quelle: Dt. Lotto- und Totoblock

sei es richtig, der Regierung in Peking beim Umbau des Rechtssystems oder bei der Nutzung umweltschonender Energien zu helfen. Indien werde unter anderem beim Klimaschutz sowie beim Aufbau von Sozialsystemen unterstützt. In Brasilien werden vor allem Maßnahmen zum Schutz des Regenwaldes finanziert. Das Geld sei gut angelegt, weil Deutschland damit positiven Einfluss auf die Politik der jeweiligen Regierungen nehmen könne; das komme auch der deutschen Wirtschaft zugute.

### **Wenig hilfreich: Vermittlungsgutscheine**

Mit einem Vermittlungsgutschein können Arbeitslose seit April 2002 private Arbeitsvermittler einschalten. Mit Jahresbeginn 2005 haben Arbeitsuchende nach einer Arbeitslosigkeit von sechs Wochen Anspruch auf diesen Gutschein. Bisher war das erst nach drei Monaten möglich. Der Gutschein wird künftig einheitlich in Höhe von 2 000 € ausgestellt. Die Staffelung je nach Dauer der Arbeitslosigkeit – zwischen 1 500 und 2 500 € – ist entfallen.

Bis Dezember 2004 hat die Bundesagentur für Arbeit rund 1,36 Millionen Vermittlungsgutscheine ausgegeben. Die privaten Vermittler konnten aber nur 98 100 Gutscheine einlösen. Demnach konnten sie nur in 7,2 Prozent der Fälle einen Arbeitsplatz für mindestens sechs Monate vermitteln. Ein erfolgreiches Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – wie zu Beginn der Hartz-Reformen erhofft – ist die private Arbeitsvermittlung bislang nicht.

## **Gespaltene Gesellschaft**

**Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt, was sich schon im ersten Bericht von 2001 angedeutet hat: Die Armut in Deutschland nimmt zu. Gleichzeitig steigt die Zahl der Vermögens-Millionäre. Ist die Soziale Marktwirtschaft noch „sozial“?**

„Deutschland bewegt sich“, frohlockt die Bundesregierung. Seit dem 1. Januar ist die unter dem Kürzel Hartz IV bekannte Arbeitsmarktreform in Kraft. Sie ist der wichtigste Baustein der Agenda 2010, dem Regierungsprogramm „zur umfassenden Erneuerung Deutschlands“. Ebenfalls seit dem Jahreswechsel gelten bei der Einkommensteuer neue Steuersätze. Damit ist das laut Bundesregierung im Jahr 2000 begonnene „größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte Deutschlands“ abgeschlossen.

■ Die Arbeitsmarktreform bewirkt unter anderem, dass die meisten Langzeitarbeitslosen weniger Geld zur Verfügung haben als zuvor. An die Stelle der Arbeitslosenhilfe ist das Arbeitslosengeld II getreten, dessen Höhe sich nicht mehr am letzten Verdienst, sondern am Sozialhilfesatz orientiert.

■ Die Steuerreform entlastet alle Einkommensteuerpflichtigen. Allerdings profitieren Besserverdiener deutlich stärker von den Steuersenkungen als Geringverdiener: Die Steuerbelastung eines Alleinstehenden mit einem Jahresverdienst von 20 000 € sinkt um 1,6 Prozent (40 €). Beim zehnfachen Gehalt reduziert sich die Steuerlast um 6,6 Prozent (5 570 €).

Reiche müssen weniger abgeben, Arbeitslose bekom-

men weniger Geld. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi wettert gegen die Umverteilung „von unten nach oben“: Die „Schere zwischen

Arm und Reich“ öffne sich immer weiter, und die Politik beschleunige diese Entwicklung noch, anstatt ihr entgegenzuwirken. Der Deutsche

### **Arm und Reich in Deutschland**

■ Im ersten regierungsamtlichen Armuts- und Reichtumsbericht von 2001 war zu lesen, dass sich der Abstand zwischen Arm und Reich in Deutschland seit Jahrzehnten vergrößert. Zwischen 1973 und 1998 stieg das reale – bedarfsgewichtete – Nettoeinkommen pro Kopf in Westdeutschland im Durchschnitt um 38 Prozent. Angehörige der unteren zehn Prozent aller Haushalte verbesserten sich im gleichen Zeitraum jedoch nur um 20 Prozent, während die Einkommen von Besserverdienern überdurchschnittlich zulegten.

■ Inzwischen liegt die vorläufige Fassung des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts vor. Sie bestätigt den Trend: 13,5 Prozent der deutschen Bevölkerung waren im Jahr 2003 „dem Risiko der Einkommensarmut“ im Sinne der EU-Definition ausgesetzt. Das heißt, ihr Einkommen lag unter 938 € im Monat und erreichte damit weniger als 60 Prozent des Durchschnittswerts. Damit ist die „Armutsrisikoquote“ seit 1998 um 1,4 Prozentpunkte gestiegen. 2003 lebten 2,8 Millionen Menschen von Sozialhilfe, darunter mehr als eine Million Kinder und Jugendliche. Über drei Millionen Haushalte waren überschuldet.

■ Während die Zahl der Armen stieg, haben die privaten Nettovermögen seit 1998 um 17 Prozent zugenommen – trotz Börsencrash und Konjunkturflaute. Im Durchschnitt kommen auf jeden deutschen Haushalt Bankguthaben, Wertpapiere, Immobilien und andere Sachwerte im Wert von 133 000 €. Wie gesagt: Dieser Besitz ist ungleichmäßig verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen 47 Prozent des gesamten Vermögens. Der ärmeren Hälfte der Haushalte gehören gerade einmal vier Prozent.



„Menschen werden durch materielle Kümernisse  
 nur immer unfreier und immer stärker  
 dem materiellen Sinnen und Trachten verhaftet.“

Ludwig Erhard

Paritätische Wohlfahrtsverband befürchtet, dass die Zahl der Armen in Deutschland steigen werde. Auf Protestplakaten der PDS heißt es, die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung führe zu „Armut per Gesetz“.

### Was bedeutet Armut?

Armut – was ist das? Ist jemand arm, der zu verhungern oder zu erfrieren droht? Ist arm, wer weniger besitzt als die meisten anderen? Oder ist arm, wer sich dafür hält? Eine allgemeingültige Begriffsbestimmung gibt es nicht; für „Reichtum“ gilt übrigens das Gleiche.

Dennoch haben sich einige – mehr oder weniger willkürliche – Definitionen durchgesetzt. In der Entwicklungspolitik ist es üblich, von „absoluter Armut“ zu sprechen, wenn jemand weniger als einen Dollar am Tag zum Leben hat. Die EU-Kommission verwendet das Konzept der „relativen Armut“. Arm in diesem Sinne sind Menschen, die über „so geringe soziale und kulturelle Mittel verfügen, dass sie von der allgemein üblichen Lebensweise ausgeschlossen sind“.

Über zehn Millionen Deutsche sind nach dieser EU-Definition arm oder von Armut bedroht (siehe Kasten). Auf der anderen Seite gibt es unter den Bundesbürgern eine relativ kleine Gruppe, die über ein enormes Vermögen verfügt. Dem „World Wealth Report“ der Investmentbank Merrill Lynch zufolge hatten 7 000 Deutsche im Jahr 2003 jeweils mehr als 23 Millionen € auf der Bank. Lässt sich aus diesen Zahlen schließen, dass

das bestehende Wirtschaftssystem ungerecht ist?

Die Frage ist, wie die Unterschiede bei Einkommen und Vermögen zustande kommen. Wenn große Vermögen durch Fleiß und Begabung entstehen, entspräche das dem Gedanken der „Leistungsgerechtigkeit“ im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Aber so einfach ist das nicht.

### Reich durch Leistung?

Die bestehenden Einkommens- und Vermögensunterschiede lassen sich nicht in erster Linie durch unterschiedliche „Leistungen“ erklären. Im Jahr 1992 dankte mehr als die Hälfte der damals 43 (D-Mark-)Milliardäre in Deutschland ihren Reichtum zu einem erheblichen Teil der Zeit vor 1945. In sechs Fällen reichte das familiäre Vermögen sogar in die Zeit vor 1800 zurück. Das ist nur eines von vielen Indizien dafür, dass es neben der persönlichen Leistung auf die Höhe des Startkapitals ankommt, ob jemand gute oder schlechte Chancen hat, reich zu werden. Allein der Zinseszinsseffekt sorgt dafür, dass ein einmal vorhandenes Vermögen – angelegt in Anleihen, Aktien oder anderen Wertpapieren – sich „von selbst“ vermehrt.

In den letzten 20 Jahren sind Unternehmens- und Vermögenseinkommen schneller gestiegen als Löhne und Gehälter. Obendrein begünstigt der Staat Gewinn- und Vermögenseinkommen steuerlich: Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen lag 1960 noch bei 35 Prozent, während die Lohnsteuer damals nur 12

Prozent ausmachte. Heute ist es umgekehrt: Ein Drittel der Steuereinnahmen geht auf die Lohnsteuer zurück, und nur noch 12 Prozent sind Abgaben auf Gewinn- und Vermögenserträge.

### Die Herkunft entscheidet

Eine wichtige Rolle spielt auch das soziale Milieu. Der Soziologe Michael Hartmann, der die Lebensläufe von 6 500 promovierten Juristen, Ingenieuren und Wirtschaftswissenschaftlern untersucht hat, fand heraus, dass – bei gleichem Bildungsabschluss – die soziale Herkunft entscheidend dafür ist, wer einen Job in den Chefetagen der Wirtschaft bekommt. „In den 400 größten deutschen Unternehmen ist die Chance auf eine Führungsposition für den promovierten Nachwuchs aus dem gehobenen Bürgertum doppelt, für den Nachwuchs aus dem Großbürgertum sogar dreimal so groß wie für Promovierte aus der Mittelschicht und der Arbeiterklasse. Größeres Durchhaltevermögen oder individueller Leistungswille spielen kaum eine Rolle.“

### Privilegien abschaffen

Mit dem Ideal der sozialen Mobilität lassen sich diese Befunde nicht vereinbaren. Ludwig Erhard meinte, erst wenn wirtschaftliche Machtpositionen und gesellschaftliche Privilegien beseitigt werden, sei eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens sichergestellt. Davon ist Deutschland weit entfernt, wie der Entwurf des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung

offenbart: „Die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit hohem sozialen Status, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, sind rund 2,7-mal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes. Die Chance, ein Studium aufzunehmen, ist sogar um das 7,4-fache höher als die eines Kindes aus einem Elternhaus mit niedrigem sozialen Status“.

Wo nicht einmal gleich große „Chancen für alle“ existieren, kann von „Wohlstand für alle“ keine Rede sein. Wenn statt Leistung das „richtige“ Netzwerk oder Beziehungen – auch als „Vitamin B“ bekannt – über das Wohl und Wehe des Einzelnen entscheiden, stört der Streit um eine „gerechte“ Verteilung den sozialen Frieden. Der Neid droht die Gesellschaft zu spalten. Um das Abrutschen in die Neidgesellschaft zu verhindern, setzt Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards auf einen eindeutigen, einsichtigen und auf Dauer angelegten Ordnungsrahmen, der für alle in gleicher Weise gelten muss.

### Arbeitslosengeld II

Zusammensetzung des monatlichen Regelsatzes in €

	West	Ost
Essen, Trinken	132,51	127,14
Kleidung, Schuhe	34,08	32,70
Wasser, Energie	26,83	25,74
Hausrat	27,73	26,60
Gesundheit	13,19	12,66
Bus, Bahn, Rad	19,18	18,40
Telefon, Post	22,35	21,44
Freizeit, Kultur	38,66	37,09
Essen auswärts	10,31	9,90
sonstiges	20,16	19,34
Gesamt	345,00	331,00

Quelle: Statistisches Bundesamt



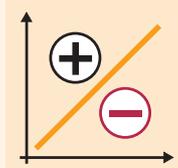
„Alle wollen den Gürtel enger schnallen,  
aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.“

Norbert Blum, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 1982 bis 1998

## IM KLARTEXT

Januar 2005

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2005

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung



Die europäische Arbeitskräfteerhebung vom Herbst 2004 hat ergeben, dass der Anteil befristet Beschäftigter innerhalb der letzten Jahre nicht wesentlich zugenommen hat. Nur in Polen ist der Anteil von 5,2 Prozent im Jahr 1998 auf inzwischen 18,9 Prozent gestiegen. In Deutschland lag die Zahl befristet Beschäftigter bei 12,2 Prozent, knapp unter dem Durchschnitt der 25 EU-Staaten. Offensichtlich gibt es keinen Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und befristeter Beschäftigung.

### EU-Arbeitsmarkt

in Prozent aller Beschäftigten		
	befristet Beschäftigte	Arbeitslose*
Estland	3,0	8,5
Litauen	8,0	10,1
Griechenland	11,1	9,3
Deutschland	12,2	9,9
EU-Durchschnitt	12,8	8,9
Polen	18,9	18,6
Portugal	20,6	6,7
Spanien	30,6	10,5

\*Oktober 2004  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat

Mit befristeten Arbeitsverträgen können Arbeitsmärkte flexibler gestaltet werden. Eine bestimmte Aufgabe wird erledigt. Im Anschluss daran können die Arbeitnehmer für neue Projekte eingesetzt werden. Für eine stetige und auf Dauer angelegte Existenzsicherung müssen aber auf lange Sicht auch genügend Arbeitsplätze zur Auswahl stehen. Das ist in der Realität – nicht nur in Deutschland – leider nicht der Fall.

### Geldwertstabilität



Weil in Deutschland gut 3,1 Millionen Haushalte als überschuldet gelten und die Zahl privater Insolvenzen steigt, bleiben immer mehr Ratenkredite unbedient. Im Handel mit diesen notleidenden Konsumentenkrediten sehen spezielle Unternehmen ein lukratives Geschäftsfeld: Sie kaufen den Banken die Kredite ab und treiben die Raten dann auf eigene Rechnung bei den Schuldern ein. Der deutsche Markt für diesen Kredithandel – bislang vor allem mit gefährdeten Immobilien- und Firmenkrediten – wird auf 300 Milliarden € geschätzt, das Geschäft mit ge-

### Schulden

Verbindlichkeiten privater Haushalte in Milliarden €		
	Kredite gesamt	davon Konsumentenkredite
1995	1 150	165
1997	1 287	178
1999	1 451	188
2001	1 517	193
2003	1 551	192

Quelle: Deutsche Bundesbank

platzen Verbraucherkrediten nicht eingerechnet.

Dass Kreditforderungen verkauft werden können, dürfte für die betroffenen Banken wenig tröstlich sein: Vom ursprünglichen Rückzahlungsbetrag sehen sie nur einen Bruchteil – etwa zwischen 10 und 15 Prozent – wieder. Und dem Verbraucher, der sein Darlehen künftig bei einem anderen Gläubiger abzahlen hat, dürfte spätestens dann klar werden: Der einst bequeme Konsumentenkredit schmälert die Kaufkraft für lange Zeit.

### Eigenverantwortung



Das fängt ja gut an! Stromerzeuger haben von den Behörden grünes Licht für Preiser-

höhungen zum Jahresbeginn bekommen. Das Speditionsgewerbe will die Kosten der Lkw-Maut an die Endverbraucher weitergeben. Einige gesetzliche Krankenkassen werden ihren Beitragssatz erhöhen. Für 15,5 Millionen Autofahrer ist die Kraftfahrzeugsteuer gestiegen, weil ihre Autos in höhere Schadstoffklassen gerutscht sind. Zum 1. April steigen die Rundfunk- und Fernsehgebühren. Kurzum: Höhere Preise und Gebühren werden das zur freien Verfügung stehende Einkommen schmälern und die Chancen zu mehr Eigenverantwortung weiter einschränken.

### Haushaltsgeld

Monatli. Haushaltsnettoeinkommen in €	Haushalte in Prozent
unter 900	8,2
900 – 1 300	12,7
1 301 – 1 500	6,8
1 501 – 2 000	15,1
2 001 – 2 600	15,0
2 601 – 3 200	11,5
3 201 – 4 500	15,8
über 4 500	14,9

Quelle: 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Entwurf)

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/ZB  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*